mit Schuljahresplaner 2023/2024

GEW zur Landtagswahl 2023

DDS

Zeitschrift
der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Bayern

Juli/August
2023

GEW zur Landtagswahl 2023

3 **Die GEW Bayern und der Bayerische Landtag**
von Bernhard Baudler

5 **Forderungen der GEW zu den Landtagswahlen**

5 **Frühkindliche Bildung und Soziale Arbeit endlich ernst nehmen!**
von Mario Schwandt

7 **Endlich eine gute Schule für alle!**
von Florian Kohl

8 **GEW Bayern steht ein für gute Arbeit in der Erwachsenen- und Weiterbildung!**
von Gabriele Albrecht-Thum, Anton Salzbrunn, Erwin Denzler und Horst Kunitz

9 **Endlich gerechte Löhne und bessere Arbeitsbedingungen!**
von Gerd Schnellinger

10 **Endlich Geschlechtergerechtigkeit herstellen und durchsetzen!**
von Renate Oehler

12 **Bayern braucht ein echtes Mitwirkungsgesetz für Senior*innen**
von Manfred Doetsch

13 **GEW-Kolleg*innen, die zum Landtag kandidieren**

Was es sonst noch gibt

13 **Zeugnisverweigerungsrecht – wir suchen deinen Fall!**
von Mario Schwandt

14 **Wir brauchen eine radikale Arbeitszeitverkürzung**
Gerhard Endres interviewt Prof. Dr. Fritz Böhle

15 **Leser*innenbriefe**

16 **Berichte**
- Bibliotheken müssen offen bleiben!
- 2. Mai in Bamberg: »›Nie wieder Faschismus‹ muss uns bleibende Verpflichtung sein.«
- »München liest aus verbrannten Büchern«

Rubriken

18 **Jubiläen und Geburtstage**
20 **Kontakte**

Liebe Kolleg*innen,

die Seminare der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit (GBA) werden derzeit nur per E-Mail an GEW-Mitglieder ausgeschrieben. Bitte achtet deshalb bei Interesse darauf, dass der Mitgliederverwaltung eure aktuelle Adresse vorliegt, und teilt diese doch im Zweifelsfall gerne nochmals mit: mitgliederverwaltung@gew-bayern.de

GEW Bayern

Aktuelle Mitgliedsdaten melden

Deine Mitgliedsdaten (Adresse, Bankverbindung, Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle ...) haben sich geändert? Dann kannst du diese online unter gew-bayern.de/anmeldung selbst aktualisieren. Dort findest du auch deine Beitragsbescheinigung für das Finanzamt. Du kannst deine Änderungsmitteilungen aber auch weiterhin postalisch an die Geschäftsstelle der GEW Bayern senden oder dich per E-Mail an die GEW-Mitgliederverwaltung wenden: mitgliederverwaltung@gew-bayern.de Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn es uns mitgeteilt wird!). Der Rechtsschutz wird nur gewährt, wenn der satzungsgemäße Beitrag entrichtet wurde.

GEW zur Landtagswahl 2023

– Die GEW Bayern stellt Forderungen zur Landtagswahl 2023 auf, denen diese und Teile der nächsten DDS gewidmet sind. Wahlprüfsteine richteten wir nicht an die Parteien, denn CSU/Freie Wähler/SPD/Grüne/FDP legten dafür einhellig die Bedingung fest, die Prüfsteine dürfen nur acht Fragen umfassen, wobei pro Frage nur 300 Zeichen gestattet sind. Für die GEW Bayern bedeutete dies: pro Bildungsbereich nur zwei Fragen. Fragen zur Tarif-, Frauen- und Gleichstellungs-, Senior*innen- und Klimapolitik hätten wir damit nicht stellen können. Eine Farce. Für ein besonderes Komik-Highlight sorgte die CSU in dem kollektiven Anschreiben an die GEW, in dem sich unter ihrem Parteilogo der Zusatz fand: »Näher am Menschen«.

Dorothea Weniger

Liebe Leserinnen und Leser,

die DDS-Redaktion verabschiedet sich in die Sommerpause. Unsere nächste Ausgabe erscheint im September. Bis dahin wünschen wir euch allen eine gute Zeit und Erholung.

Die Redaktion

Folgende Themen (Arbeitstitel) für die DDS sind in Planung, Beiträge dazu und weitere Vorschläge erwünscht. September: Hochschule und Forschung; Oktober: Schuljahresanfang und drängende Themen in der Kita. Diese Themenschwerpunkte verschieben sich, wenn aktuelle Entwicklungen es erforderlich machen.

Telefonische Rechtsberatung für Mitglieder erfolgt nach Terminvereinbarung.

Dazu bitte eine E-Mail senden unter Angabe der eigenen telefonischen Erreichbarkeit und kurzer Schilderung der Angelegenheit – nötige Unterlagen im PDF-Format anfügen.
E-Mail: rechtsstelle@gew-bayern.de
Tel.: 089 544081-14

Impressum:

DDS • Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern
Geschäftsstelle: Neumarkter Str. 22, 81673 München, ☎ 089 5440810
E-Mail: info@gew-bayern.de • gew-bayern.de • facebook.com/GEWBayern/
Redaktionsleiterin: Dorothea Weniger *(dw)*, Neumarkter Str. 22, 81673 München
E-Mail: dorothea.weniger@gew-bayern.de
Redaktionelle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: Verena Escherich *(ve)*, Kilian Gremminger *(kg)*, Wolfgang Häberle *(wh)*, Hannes Henjes *(hh)*, Eva Huber (eh), Karin Just *(kj)*, Petra Nalenz *(pn)*, Gele Neubäcker *(gn)*, Magnus Treiber *(mt)*, Chrissi Wagner *(cw)*, Wolfram Witte *(ww)*
Gestaltung: Karin Just
Bildnachweis: (soweit nicht beim Foto berücksichtigt): Titel: Karin Just
Druck: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München ☎089 5029994
Anzeigenannahme: nur über die Redaktionsleitung
Anzeigenverwaltung: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München
☎ 089 5029994, E-Mail: team@druckwerk-muenchen.de
Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 14 vom 1.1.2017 gültig.
Mit Namen oder Namenskennzeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden Verfasser*innen dar und bedeuten nicht ohne Weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21 EUR zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer 2,50 EUR zuzüglich Porto.
Die DDS erscheint monatlich mit Ausnahme der Monate Januar und August.
Adressenänderung: Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.
Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 6. des Vormonats.

Die GEW Bayern und der Bayerische Landtag

Fotos: IMAGO / Arnulf Hettrich; Collage: Karin Just

Die GEW setzt sich für die Beschäftigten in allen pädagogischen und wissenschaftlichen Bereichen ein. Sie kämpft für die Entwicklung und den Ausbau eines demokratischen Bildungswesens. Wo im Bayerischen Landtag und in seinem Umfeld werden dazu Entscheidungen getroffen? Wo kann die GEW hier ansetzen, um ihre Interessen einzubringen?

Das Maximilianeum, der Sitz des Landtags in München, ist ein beeindruckendes Gebäude. Architektonisch ebenso wie durch die große Vielfalt seiner Räume. Besonders ist vor allem die Lage des Hohen Hauses hoch über der Isar, über dem wunderschönen Landschaftspark und vor der Skyline der gesamten Altstadt. Was wird hier zu Fragen der Bildung entschieden?

Der Landtag ist das oberste Verfassungsorgan im Freistaat. Er beschließt Gesetze, vor allem auch das Haushaltsgesetz. Der Landtag wählt die*den Ministerpräsident*in.

Im Plenum des Landtags werden Gesetze abschließend abgestimmt. Die umfangreichen Vorberatungen dazu laufen in den ständigen Ausschüssen. Vollversammlung und Ausschüsse tagen öffentlich, können aber nicht öffentliche Teile beschließen. Geheim tagt das Gremium für die Überwachung des Landesamtes für Verfassungsschutz. Das Plenum wird live online übertragen, von den Ausschüssen werden in der Regel nurmehr die Sachverständigenanhörungen gestreamt. Öffentlich zugängliche Protokolle gibt es ebenfalls nur von den Plenarsitzungen.

Wege der Interessenvertretung

Die Öffentlichkeit der meisten Beratungen bietet gute Möglichkeiten der »Lobbyarbeit« für die Interessen der Mitglieder der GEW. Das beginnt mit der Teilnahme an den Ausschusssitzungen als Besucher*in. Hier sind Gespräche mit Abgeordneten und Fachreferent*innen der Fraktionen möglich, ebenso mit den anwesenden Mitarbeiter*innen der Ministerien, mit Vertreter*innen anderer Verbände und mit Journalist*innen. Aufgrund der begrenzten Zeitkapazitäten konzentriere ich mich hier bisher auf die Präsenz im Bildungsausschuss, entsprechend meinem Arbeitsfeld Schulpolitik. Selbstverständlich ist der Austausch über E-Mails, ob zu Konzepten der GEW, z. B. zur Lehrer*innenbildung, mit Nachfragen, Anregungen, Einladungen.

Eine gute Möglichkeit sind auch Petitionen, die die GEW für sich oder in Bündnissen in den Landtag einbringt. Diese Eingaben werden im zuständigen Fachausschuss gründlich beraten, sollten aber von einer passgenauen Pressearbeit der GEW begleitet werden. Die genauen Abläufe sind im Bayerischen Petitionsgesetz und in der Geschäftsordnung des Landtags geregelt.

Die Fachausschüsse können Anhörungen von Sachverständigen beschließen. Die GEW kann hier verstärkt Fachleute aus den eigenen Reihen vorschlagen. Zu interessierenden Themen bittet die GEW des Öfteren Abgeordnete oder Fraktionen, »schriftliche Anfragen« (SAN) und »Anfragen zum Plenum« (AzP) an die Staatsregierung zu richten.

Häufig gibt es die Möglichkeit, Stellungnahmen in den Verbandsanhörungen der Staatsregierung abzugeben, zu Gesetzen, Verordnungen, Schulordnungen, Lehrplänen. Der Landtag ist hier lediglich bei Gesetzentwürfen betroffen. Eine neue Situation ergibt sich durch das seit 2022 geltende Lobbyregistergesetz. Die GEW Bayern ist inzwischen in diesem Register beim

Landtagsamt eingetragen. Künftig werden so auch unsere Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben auf der Homepage des Landtags veröffentlicht (vgl. bayern.landtag.de/lobbyregister).

Relevante Gremien

Für unsere Bereiche Schule, Erwachsenenbildung und politische Bildung ist der Ausschuss für Bildung und Kultus mit seinen 18 Mitgliedern zuständig. Bei entsprechend interessanter Tagesordnung nehme ich an diesen Sitzungen regelmäßig teil. Als eine Art Unterausschuss gründete der Ausschuss 2011 eine »Interfraktionelle Arbeitsgruppe Inklusion«. Schlagzeilen machte der Ausschuss anläßlich der Absetzung seines ehemaligen Vorsitzenden Markus Bayerbach (damals AfD). Die anderen Fraktionen hatten der AfD den Vorsitz des Ausschusses überlassen.

Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes (öD) ist für einen Großteil unserer Mitglieder zuständig. Lediglich in Bayern haben die Beamt*innen und Angestellten des öD ein ausschließlich für ihre Angelegenheiten zuständiges Gremium im Parlament.

Themen im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie sind Kinderbetreuung und Jugendhilfe, ebenso die Armutsproblematik. In Absprache mit meinen Kolleg*innen Gabriele Albrecht-Thum und Mario Schwandt kann ich auch hier im Ausschuss präsent sein, so z. B. zur Sicherung der Weiterfinanzierung der Sprachkitas.

Die Kinderkommission des Landtags soll Kindern und für sie arbeitenden Organisationen eine Stimme geben. Arbeitsschwerpunkte sind z. B. Kinderrechte, Kinderarmut, Inklusion, Kinder und Bildung.

Im Kontakt mit Mitgliedern des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst haben sich die Kolleg*innen Christiane Fuchs und Eduard Meusel zuletzt intensiv für wichtige Änderungen bei der Novelle des Bayerischen Hochschulinnovationsgesetzes eingesetzt.

Zahlreiche Beratungen in den 14 ständigen Ausschüssen können für die Themen der GEW relevant werden. Angesichts der überaus drängenden Probleme durch Klimakrise und Artenschwund gehört sicher auch der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz dazu. Das dem Ausschuss zugeordnete Umweltministerium ist federführend für die aktuelle Entwicklung der Landesstrategie für Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Sehr große Bedeutung hat der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen. Er ist der am häufigsten tagende Ausschuss, er trifft sich dreimal in jeder Sitzungswoche. Zentrales Vorhaben ist das jeweilige Haushaltsgesetz. Dies schafft erst die Grundlage für alles exekutive Handeln. Für den Einzelplan 5 für Bildung und Kultus haben Fraktionen eigene Berichterstatter*innen im Finanzausschuss. Hier sind Kontakte sicher empfehlenswert.

Eine dominierende Rolle spielt der Ministerpräsident mit dem Ministerrat. Man könnte versucht sein, letzteren als wichtigsten »Ausschuss« des Landtags zu sehen, schließlich sind in der Regel alle Mitglieder auch Mitglieder des Landtags (MdL). Das zugehörige »Ausschussbüro«, die Staatskanzlei, beschäftigt rund 600 eigene Mitarbeiter*innen. Doch wir haben Gewaltenteilung … Ministerpräsident Söder hat die Themen Reform der Lehrer*innenbildung, A 13 als Einstiegsbesoldung an Grund- und Mittelschulen und die Organisation der »Schulgipfel« an sich gezogen. In der Konsequenz hat die GEW auch die Kontakte in die Staatskanzlei ausgebaut.

Ins Rampenlicht auch der Medien kann die GEW bei sehr verschiedenen Anlässen im Landtag kommen. So traten während der TV-L-Tarifrunde 2015 in Bayern rund 200 angestellte Lehrkräfte in den Streik. Drohungen und Repressionsversuche von Schulleitungen konnten wir hierzu landesweit gut dokumentieren. Die Medienberichterstattung darüber veranlasste den öD-Ausschuss zu einer langen Debatte, in der auch ein Jurist der CSU-Fraktion Fehlverhalten von Schulleiter*innen eingestand. Lange beriet der öD-Ausschuss auch zu einer Petition von heilpädagogischen Förderlehrer*innen, die von der GEW nachdrücklich unterstützt wurde. Gegen das sogenannte »Integrationsgesetz« organisierte die GEW gemeinsam mit ver.di ein breites Bündnis, das u. a. zwei hervorragend besuchte Pressekonferenzen, auch in den Räumen des Landtags, abhielt. Mehrfach befasste sich der Bildungsausschuss mit schulpolitischen Petitionen, die die GEW eingebracht hatte.

Die GEW Bayern bräuchte nicht unbedingt ein eigenes Verbindungsbüro zu Parlament und Regierung, wie es z. B. die Bundes-GEW in Berlin eingerichtet hat. Doch der Ausbau der Kontakte zu den Gremien und Mitgliedern des Bayerischen Landtags wäre sehr wünschenswert und hilfreich. Schließlich sind unter den Abgeordneten auch einige Mitglieder der GEW. Die Arbeitskapazitäten sind jedoch begrenzt. Sehr erfreulich wären ein wachsendes Interesse und auch Mitarbeit von ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen. Ihre Praxiserfahrungen sind durch nichts zu ersetzen. Weitere Informationen zur Arbeit im Landtag gebe ich sehr gerne.

von Bernhard Baudler
politischer Sekretär
für den Bereich Schule
der GEW Bayern
Kontakt: bernhard.baudler@gew-bayern.de
Tel. 089 544081-21

Anzeige

Klinik am Leisberg
BADEN-BADEN

Von hier an geht es aufwärts!

Hier erwarten Sie ein intensives und individuell ausgerichtetes Psychotherapieangebot, ein erstklassiges Krisenmanagement, kreative Förderung ihres Potentials, viele erlebnisintensive Erfahrungen und erfreuliche Rahmenbedingungen (moderne Einzelzimmer, Genießer-Küche, wunderbare Umgebung). Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste, psychosomatische Erkrankungen.

Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen / Beihilfe

Info-Tel.: 07221 / 39 39 30

Gunzenbachstr. 8
76530 **Baden-Baden**

www.leisberg-klinik.de

Forderungen der GEW zu den Landtagswahlen

Vorab ein wichtiger Hinweis:
Im Folgenden stellen wir unsere GEW-Forderungen anlässlich der Landtagswahl am 8. Oktober für die Bereiche Kita und soziale Arbeit, Schule, Erwachsenen- und Weiterbildung sowie tarifliche Bezahlung, Geschlechtergerechtigkeit und der Beteiligung von Senior*innen vor.
Die GEW Bayern erarbeitete selbstverständlich auch Forderungen zu Hochschule und Forschung sowie zum Globalen Lernen. Diese stellen wir euch in der DDS 9 vor, die wie jedes Jahr dem Schwerpunkt Hochschule gewidmet ist. dw

Frühkindliche Bildung und Soziale Arbeit endlich ernst nehmen!

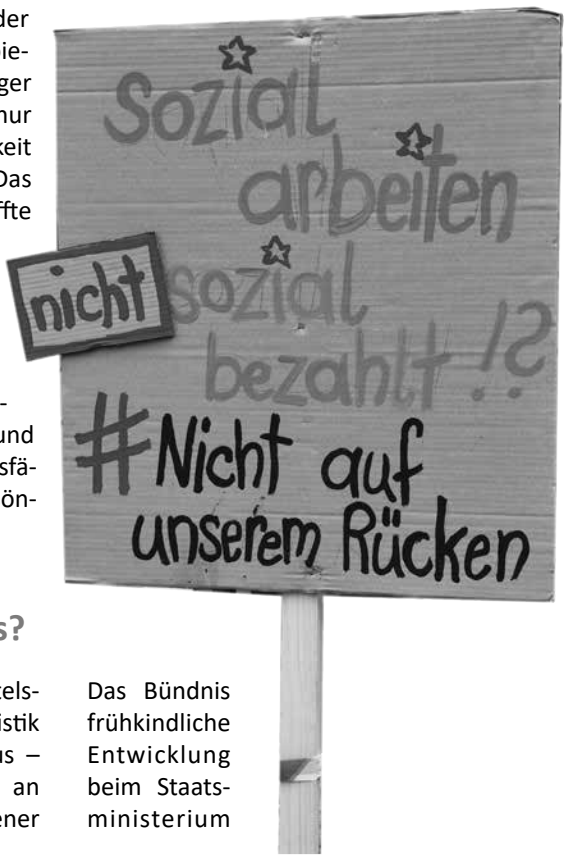
Vor Landtagswahlen Forderungen für die kommende Regierung und das Parlament aufzustellen, hat Tradition bei der GEW Bayern. Tradition ist leider auch, dass der Gesetzgeber und die Verwaltung sie nicht verwirklichen.

2013 forderten wir: »Alle Kindertageseinrichtungen müssen zu inklusiven Einrichtungen für alle Kinder werden, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrer Besonderheiten, Behinderungen, Stärken und Schwächen.« Wir forderten, flächendeckend inklusive gebührenfreie Tageseinrichtungen zu schaffen. »Zuschüsse der öffentlichen Hand sind nur dann zu gewähren, wenn die jeweiligen Träger ihr Personal mindestens auf TVöD-Niveau bezahlen.« 2018 sahen wir den enormen Fachkräftemangel kommen. Das sogenannte Gute-Kita-Gesetz steckte damals noch in den Kinderschuhen. Trotzdem hofften wir, es bewirke, was bezweckt war: bessere Standards und damit einen Abbau der enormen Belastungen aufgrund des Fachkräftemangels im sozialen Bereich. Die Folge war (und ist), dass immer mehr Fachkräfte den Beruf wechseln und permanent Arbeitszeit unfreiwillig reduzieren.

Woran liegt‘s, dass dann doch während der aktuellen Legislaturperiode so wenig voranging? Man könnte meinen: weil immer wieder diese eine Partei die Mehrheit für sich gewinnt. Doch das wäre zu einfach. Wir denken, das Thema frühkindliche Bildung und Inklusion wird von allen Parteien nicht ernst genug genommen. So sahen während der aktuellen Stunde im Bundestag am 9. Februar 2023 mit dem Titel »Drohender Kollaps des Systems Kita« fast alle Abgeordneten Handlungsbedarf. Aber sie sahen nicht die belastenden Arbeitsbedingungen in vielen Einrichtungen. Politiker*innen wird oft der »gute Alltag« gezeigt, wenn sie publikums- und pressewirksam Kitas besuchen. Viele wiegelten deshalb wieder ab und berichteten von guten Beispielen aus ihren Wahlkreisen. Einhelliger Meinung war man im Bundestag nur bei der Frage, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wichtig sei. Das sehen wir auch so. Jedoch umschiffte man das Thema, dass nach allen Prognosen der Bedarf an Fachkräften in absehbarer Zeit auf keinen Fall erfüllt werden kann; und stellte damit die Ziele des Kinder- und Jugendhilfegesetzes – Bildungsgerechtigkeit, Recht auf Förderung und Entwicklung zu einer gemeinschaftsfähigen und selbstbestimmten Persönlichkeit für alle Kinder – hinten an.

Wie sieht‘s denn bei der frühen Bildung aus?

Jahr für Jahr wertet die Bertelsmann-Stiftung die öffentliche Statistik für Kitas (also auch für Horte) aus – für außerunterrichtliche Angebote an Schulen (Mittagsbetreuung, offener und gebundener Ganztag) gibt’s nach wie vor noch gar keine belastbaren Zahlen. Jahr für Jahr wird deutlich: Im Schnitt ist die Qualität zu niedrig und wir bräuchten enorm viele Fachkräfte zusätzlich, um z. B. eine angemessene Fachkraft-Kind-Relation zu verwirklichen. Eine Kostenfrage, klar. Die Länder – also auch das reiche Bayern – meinen dann immer, der Bund müsse mehr leisten. Der Bund antwortet, die Länder müssen die Gelder aber für Qualität einsetzen.



Das Bündnis frühkindliche Entwicklung beim Staatsministerium

verfolgt nun eine Idee, die Finanzlage der vielen finanzschwachen Kommunen in Bayern zu verbessern: die Bereitstellung zweckgebundener Mittel für Kitas. Endlich!

Anlässlich der kommenden Landtagswahl fordern wir die Einbeziehung einer Gruppe, die besonders darauf hinwirken könnte, dass sich in Kitas etwas verbessert: die Eltern. In Bayern gibt es keine institutionalisierte Elternvertretung, die auf Kreis- und Landesebene Eltern in den Einrichtungen eine Stimme gibt, sie professionell vertritt und damit den Kindern eine Stimme gibt. Elternvertretungen mit klarer Rechtsgrundlage, Mitteln und Angestellten sowie verlässlichen Regeln, wer wen wählen soll – eine demokratische Legitimation eben –, sollen unserer Meinung nach eingerichtet werden. Wir sehen in ihnen wichtige Partner für eine bessere Bildung. Überraschend liegt nun ein Gesetzesentwurf vor. Doch der reicht bei Weitem nicht aus und stellt uns keineswegs zufrieden. Wir werden die Entwicklung kritisch begleiten.[1]

Kitas wieder zu Bildungseinrichtungen machen!

»Erzieher*innenberuf aufwerten statt Fachkräftemangel aussitzen«, steht auch auf unserer Forderungsliste. Alle Kitas sollen so (wieder) zu echten Bildungseinrichtungen werden, denn aktuell sind sie allzu oft nur noch Verwahr- oder Betreuungsorte. Sprach-Kitas sollen verbessert und verstetigt und die immer schlechter werdenden Arbeitsbedingungen endlich wieder besser werden, damit die Fach- und Ergänzungskräfte nicht mehr in so großer Zahl das Berufsfeld verlassen. Über die Experimentierklausel (Art. 31 BayKiBiG) wurde vor Kurzem die Qualität noch einmal stark abgesenkt.[2] Über ein modulares Weiterbildungssystem sollen Quereinsteiger*innen ins System gebracht werden. Weniger Theorie und Ausbildung »on the job«. Unser Eindruck: Hätte es in der Konzeptionsphase mehr Kooperation mit allen Beteiligten (Schulen, Beschäftigte, Kitaleitungen, Träger) gegeben, wäre die systematisierte Anerkennung von nonformaler und informeller Vorbildung der Quereinsteiger*innen angegangen worden, es hätte was werden können. So ist aber die Akzeptanz unter den bestehenden Beschäftigten von vorneherein geschwächt, ihre berufspolitischen Interessen werden ja auch völlig ignoriert. Mit weniger Ausbildung wird man künftig gleichbezahlte »Fachkraft«. Genau deswegen hätte man die Anerkennung der Vorbildung nach Kriterien gestalten müssen, die bei den Beschäftigten Akzeptanz finden. Insgesamt wird damit der Teufelskreis »schlechtere Qualität – Frustration – Verlassen des Berufs – Fachkräftemangel« nicht durchbrochen. Gesetzliche und tarifvertragliche Regelungen zur Verbesserung der Qualität und damit der Arbeitsbedingungen sind dringend notwendig – einhergehend mit der besseren Refinanzierung ärmerer Kommunen. Es wird Zeit, dass diese Eckpunkte endlich angegangen werden.

Endlich gute Arbeitsbedingungen in der Sozialen Arbeit!

Auch im Bereich der Sozialen Arbeit erwarten wir von der nächsten Landesregierung Besseres: »Umfassender Gesundheitsschutz für alle Beschäftigten statt Arbeitsbedingungen, die zum Burn-out führen«, heißt eine unserer Forderungen dazu. Die Beschäftigten in der Sozialen Arbeit arbeiten am Limit. Noch ist der Fachkräftemangel dort nicht so gravierend wie in der Kita, aber das wird sich ändern. Die Folgen der Pandemie, die wachsende Armut etc. erfordern mehr Soziale Arbeit sowie einen besser entwickelten Sozialstaat. Viele Jugendämter suchen händeringend nach Personal. Dieses fehlt auch in den Jugendhilfewohngruppen, die Fluktuation dort ist erschreckend. Auch dieser Teufelskreis kann nur durchbrochen werden, wenn die Qualität in den Blick genommen wird. Die engagierten Kolleg*innen wollen ja diese Arbeit machen, sie können aber oft nicht mehr. Dazu kommt es z. B. bei den Stundensätzen für ambulante erzieherische Hilfen zu großen regionalen Unterschieden: So wird dieselbe Leistung in einem Landkreis mit über 70 Euro, in einem anderen mit etwas über 30 Euro vergütet – kein Scherz. Folgerichtig erwächst daraus eine weitere Forderung: »Soziale Arbeit als staatliche Aufgabe auf allen Ebenen zu 100 Prozent refinanzieren.« Dies bedeutet: Das Kostendeckungsprinzip muss endlich wieder mehr Gewicht bekommen. Dafür braucht es keine »neuen« Steuerungsmodelle. Die Älteren werden sich erinnern: In den 90er-Jahren ging man damit hausieren, dass der Staat mit neuen (neoliberalen) Konzepten besser »steuern« wolle. Tatsächlich gab es Fehlsteuerungen. Die Umsetzung der neuen neoliberalen Konzepte war und ist grausam: Die Kontrolle der Ausgaben steht seitdem über allem. Beim Credo der Budgetierung geht es nicht mehr um Bedarfsermittlung, Planung und Umsetzung, sondern nur noch darum, Mittel zu limitieren. Jugendhilfeplanung muss aber wieder zu dem werden, was im Gesetz steht: »den Bedarf unter Berücksichtigung der Wünsche, Bedürfnisse und Interessen der jungen Menschen und der Personensorgeberechtigten für einen mittelfristigen Zeitraum zu ermitteln und die zur Befriedigung des Bedarfs notwendigen Vorhaben rechtzeitig und ausreichend zu planen; dabei ist Vorsorge zu treffen, dass auch ein unvorhergesehener Bedarf befriedigt werden kann.«

Nicht zuletzt fordert die GEW Bayern, dass sich die neu gewählte Regierung beim Bundesgesetzgeber dafür einsetzt, dass die Beschäftigten in der Sozialen Arbeit ebenso wie andere Berufsgeheimnisträger*innen (Journalist*innen, Geistliche und Anwält*innen) das Recht erhalten, vor Gericht die Aussage verweigern zu können, denn ein Vertrauensverhältnis braucht Vertraulichkeit (gew-bayern.de/zeugnisverweigerungsrecht).

Mit diesem Überblick hoffe ich, dazu ermutigt zu haben, genau hinzusehen – nicht nur vor den Wahlen. Auch zwischen den Wahlen sollten GEW-Mitglieder politisch wirken – in den Parlamenten, in Elternvertretungen, in Kreis- und Bezirksverbänden, in den Betriebs- und Personalräten, in den Mitarbeitervertretungen und auf der Straße!

von Mario Schwandt
Gewerkschaftssekretär für sozialpädagogische Berufe der GEW Bayern

1 Mehr dazu in einer späteren DDS.

2 Vgl. Dorothea Weniger: Sozialministerin sorgt über fadenscheiniges Verfahren für Verschlechterungen. DDS 11/2022, S. 7 f.

Endlich eine gute Schule für alle!

Die GEW Bayern hat auf ihrer Aktivenkonferenz 2023 ihre Positionen geschärft und für den bayerischen Landtagswahlkampf aufbereitet. Unser Resümee: Wir haben Bock auf Bildung und erwarten endlich Fortschritte! Ich führe im Folgenden unsere Forderungen, die im Bereich Schule unter dem Motto »Endlich eine gute Schule für alle!« stehen, aus.

Wir befinden uns derzeit in vielen gesellschaftlich relevanten Bereichen in einer wohl beispiellosen Krise. Demokratieverdrossenheit und fehlendes Vertrauen in die Politik kennzeichnen den Alltag von immer mehr Menschen, insbesondere derer, die sich abgehängt fühlen. Klimakrise, Krieg und Inflation bestimmen die Medien und belasten die Menschen. Wachsende Kinderarmut ist im reichen Deutschland ein Thema. Bildungserfolg und damit verbundene Teilhabechancen hängen weiterhin vor allem vom Elternhaus und verfügbaren Ressourcen ab. Und die Kluft zwischen Arm und Reich wird ständig größer. Der Reichtum weniger steigt, während nicht erst durch die Energiekrise immer mehr Menschen die Zuversicht auf ein gutes Leben verlieren. Bildung ist auch hier ein Schlüssel!

Beruf attraktiver machen!

Der Lehrkräftemangel bringt unser Schulsystem an seine Grenzen. Mit letzter Kraft versuchen Kolleg*innen in den Schulen zu retten, was zu retten ist, und opfern dafür immer häufiger ihre Gesundheit. Schutzsysteme, die die Belastung regulieren könnten, greifen oder existieren nicht. Möglichkeiten der Selbstregulation wie das Beantragen eines Sabbatjahrs oder Teilzeit wurden an Grund-, Mittel- und Förderschule bereits im Februar 2020 abgeschafft. Und die Prognosen zum Lehrer*innenbedarf ergeben auch für die restlichen Schularten ein düsteres Bild. Während die dafür Verantwortlichen im Wahlkampf schöne Zahlen präsentieren und die vermeintlichen Privilegien sowie geschönten Arbeitsbedingungen des Berufs in peinlichen, steuerfinanzierten Werbekampagnen unters Volk bringen, ergeben Studien folgendes Bild: Die Leistungen der Kinder nehmen ab, genauso wie die Studierendenzahlen in den Lehrämtern. Um jungen Menschen wieder Lust auf die Lehrtätigkeit in Schulen zu machen, braucht es unbedingt die schnelle Umsetzung des gleichen Einstiegsgehalts von A 13 für alle, inklusive einer besseren Bezahlung für alle anderen Beschäftigten im Schulbereich.

Eine gesetzliche Regelung zur Erfassung der Arbeitszeit muss die Reduzierung der Unterrichtspflichtzeit zur Folge haben, damit unbezahlte Mehrarbeit nicht mehr Standard ist. Teilzeit, Sabbatjahr und der vorzeitige Ruhestand müssen wieder möglich sein. Eine Ausweitung des »Piazolo-Pakets« auf andere Schularten gilt es zu verhindern! Lehrkräfte sind hochgradig belastet: Arbeitsmedizinische Vorsorge und eine systematische Ermittlung der Gefährdungen müssen schützende Maßnahmen nach sich ziehen. Gesundheits- und Arbeitsschutz gehören in professionelle Hände. Nicht zuletzt müssen auch Schulleitungen entlastet werden: Das Ende der diskriminierenden Regelbeurteilung wäre ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Inklusive Bildung umsetzen!

Bayern selektiert Kinder nach wie vor frühzeitig in die angeblich passgenauen Schulformen. Erteilte Stigmata verfolgen Menschen ein Leben lang. Auch die Teilhabechancen hängen eng mit den erreichten Schulabschlüssen zusammen. Die sich aus der frühzeitigen Selektion ergebenden Strukturen verfestigen sich und spalten die Gesellschaft zusehends mehr, Bildungsgerechtigkeit verkommt zur Floskel. Die GEW Bayern ist Mitglied im Bündnis Gemeinschaftsschule und setzt sich aktiv für ein längeres gemeinsames Lernen auf dem Weg zu »Einer Schule für Alle« ein. Unserer Ansicht nach braucht es eine Schule, in der alle Kinder gleichberechtigt Fach-, Sozial-, Methoden- und Selbstkompetenzen erwerben können. Uns ist vollkommen klar, dass dieser Anspruch entsprechende Rahmenbedingungen und Expertise benötigt, damit er umgesetzt werden kann. Multiprofessionalität an allen Schulen muss der Standard sein, um den individuellen Lernausgangslagen der Kinder in kleinen Lerngruppen gerecht zu werden. Eine Verteilung der Ressourcen nach dem Gießkannenprinzip ist dabei nicht mehr zeitgemäß. Die notwendigen Mittel müssen da ankommen, wo sie gebraucht werden.

Qualität sichern – Strukturen verändern!

Die aktuellen Herausforderungen sind enorm: Der beispiellose Fachkräftemangel trifft auf ein Schulsystem, das jedes Jahr

5 Prozent der Jugendlichen und jungen Erwachsenen ohne Schulabschluss und mit schlechter Zukunftsprognose entlässt. In der Grundschule geben die künftigen Gymnasialkinder das Leistungsniveau vor, während 25 Prozent der Kinder am Ende der vierten Klasse nicht richtig lesen können. Kinder erleben in einer sensiblen Phase ihrer Persönlichkeitsentwicklung Leistung als etwas, das im Vergleich entsteht und mit »gut« oder »schlecht« bewertet wird. Wenn das Ziel unserer Gesellschaft ein friedliches Zusammenleben aller Menschen sein soll, muss der Anspruch auf ein gutes Leben auch für alle Menschen gelten. Dieses Ziel sehen wir akut bedroht.

Um den Fachkräftemangel zu kompensieren, drängen derzeit immer mehr Seiteneinsteiger*innen, denen die entsprechende Qualifikation fehlt, in die Schulen. Um den Status quo der Professionalität nicht aufs Spiel zu setzen, müssen Modelle einer sinnvollen Einstiegsqualifizierung gefunden und etabliert werden.

Letztendlich brauchen wir ein inklusives und demokratisch organisiertes Schulsystem, eingebettet in einen hochwertigen Ganztag, mit Mitsprache- und Gestaltungsmöglichkeiten für alle Beteiligten. Unser Grundsatz »gleiche Arbeit, gleicher Lohn« verlangt konsequenterweise eine strukturelle Veränderung der Lehrer*innenbildung. Mit dem Konzept der Stufenlehrkraft haben wir einen Aufschlag gemacht (vgl. gew-bayern.de/lehrer-innenbildung).

von Florian Kohl
stellvertretender Vorsitzender der GEW Bayern

GEW Bayern steht ein für gute Arbeit in der Erwachsenen- und Weiterbildung!

Von der Erwachsenen- und Weiterbildung wird viel erwartet. Sie soll bei der Weiterentwicklung der Gesellschaft unterstützen, indem sie die Menschen auf ihre Veränderungen vorbereitet.

Die derzeit wichtigsten Herausforderungen der Gesellschaft sind die wachsende Individualisierung, die fortschreitende Digitalisierung und die zunehmende Spaltung zwischen Arm und Reich. Beschäftigte in der Erwachsenen- und Weiterbildung leisten hier sehr viel: Sie unterstützen beim Nachholen von Schulabschlüssen, bei der politischen und personalen Bildung von Erwachsenen und bei der sprachlichen wie beruflichen Integration von Migrant*innen. Sie beraten und setzen Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration um. Damit dies alles gelingt, müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Deshalb stellt die GEW Bayern anlässlich der Landtagswahl am 8. Oktober auch für den Bildungsbereich Erwachsenen- und Weiterbildung Forderungen auf.

Aufträge von Land und Kommunen nur an tarifgebundene Betriebe und Träger

In 14 von 16 Bundesländern existieren Tariftreue- und Vergaberegelungen bezüglich der Aufträge, die vom Land oder von den Kommunen an Betriebe und freie Träger vergeben werden. Bayern gehört nicht dazu. Gleichzeitig ist die Tarifbindung in Bayern auch in allen anderen Betrieben seit vielen Jahren rückläufig.[1] Anders ist die Situation im Saarland, das mit gutem Beispiel vorangeht: Hier wurde im Dezember 2021 das Saarländische Tariftreue- und Fairer-Lohn-Gesetz verabschiedet. Von den Kandidat*innen, die bei der bayerischen Landtagswahl 2023 antreten, erwarten wir, dass sie sich auch für Bayern für ein solches Gesetz stark machen.

Bildungszeitgesetz einführen, um über Bildungsurlaub die Demokratie zu fördern

Bisher haben Beschäftigte in Bayern keinen gesetzlichen Anspruch darauf, sich von der Arbeit für eine Weiterbildung freistellen zu lassen. Bayern und Sachsen sind deutschlandweit die einzigen Bundesländer ohne Bildungsurlaub. Das soll sich endlich ändern. Deshalb fordern wir analog zum DGB Bayern ein bayerisches Weiterbildungsgesetz.[2] Wir meinen, dieses müsse zehn Tage Bildungszeit in zwei Jahren für alle Beschäftigten umfassen. Über ein Gesetz sollen sie die Möglichkeit erhalten, sich beruflich, politisch, allgemein oder für das Ehrenamt weiterzubilden. Politische Bildung soll dabei ein Schwerpunkt sein, um die gesellschaftlichen Herausforderungen meistern zu können. Da Demokratie von jeder Generation neu erlernt werden muss, fordern wir auch für die Erwachsenenbildung einen verstärkten Staatsbürgerkundeunterricht sowie die Vermittlung von demokratischen Vorgängen und Prozessen.

Volkshochschulen in den Städten und auf dem Land stärken

Volkshochschulen leiden auch nach den Beschränkungen durch Corona noch massiv unter dem Rückgang der Kursteilnehmer*innen. In der Konsequenz werden gerade auf dem Land immer wieder VHSen zusammengelegt. Dies geht zulasten der Angebote und der Erreichbarkeit. Beides schränkt die Arbeitsmöglichkeiten der Dozent*innen ein. Auch deshalb fordern wir eine deutliche Erhöhung der Förderung der Volkshochschulen, sofort mindestens eine Verdoppelung der Fördersumme, sowie eine jährliche Anpassung der Förderung, die mindestens an der Erhöhung der Tariflöhne im öffentlichen Dienst orientiert ist. Das Land Bayern darf hier die Kommunen als Träger der VHSen nicht im Regen stehen lassen.

Ein Teil der Erhöhung der Förderung soll in die Honorare der Dozent*innen fließen. Letztlich fordern wir die Anpassung der Honorarsätze für Dozent*innen an die Stundensätze der Lehrkräfte an staatlichen Schulen.

Wer gerade auch angesichts der notwendigen sozial-ökologischen Transformation von lebensbegleitendem Lernen spricht – hier ist auch die Wirtschaft lautstark dabei –, muss auch die notwendigen Rahmenbedingungen dafür schaffen. Dies gilt sowohl für die Gesetzgebung wie auch für die Bezahlung, die Mitbestimmungsrechte und die Arbeitsbedingungen.

Erhöhung des Mindesthonorars für Dozent*innen

Freiberufliche Lehrkräfte investieren ebenso wie Lehrkräfte im Angestellten- oder Beamt*innenverhältnis neben der Unterrichtszeit sehr viel Zeit in die Vorbereitung. Sie erledigen Verwaltungsarbeiten, sie beraten und nehmen selbst an Fortbildungen teil. Dies ist nur ein kleiner Ausschnitt ihrer Aufgaben.

Zudem müssen sie ihre Sozialversicherungsbeiträge in voller Höhe selbst tragen. Die GEW Bayern fordert deshalb für das aktuelle Jahr 2023 65,09 Euro pro Unterrichtseinheit plus einen Zuschlag von 6,51 Euro pro Unterrichtseinheit als Inflationsausgleichsprämie.[3]

Stärkung der Mitbestimmungsrechte für Dozent*innen, z. B. in den Volkshochschulen

An vielen bayerischen Volkshochschulen gibt es seit vielen Jahren keine Kursleiter*innenvertretung mehr. Dadurch ist eine gemeinsame Interessenvertretung kaum noch möglich. Wir fordern deshalb: Die nach dem Erwachsenenbildungsförderungsgesetz finanzierten Einrichtungen sollen als Fördervoraussetzung dazu verpflichtet werden, entsprechende Organe der Mitbestimmung einzurichten.

Corona-Soforthilfe bei Dozent*innen belassen statt Rückzahlung fordern

Insbesondere zu Beginn der Coronakrise beantragten Freiberufler*innen oft die »Soforthilfe«, da sie keinen Anspruch auf Kurzarbeitergeld oder ähnliche Leistungen hatten. Später verschärften dann die Staats- und die Bundesregierung die Bedingungen dafür. Rückwirkende Anträge auf Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe oder Wohngeld waren gleichzeitig nicht mehr möglich. Deshalb fordern wir, dass die Rückforderung der Corona-Soforthilfe unterbleibt, wenn ein entsprechender Einkommensausfall aufgrund der Lockdowns nachgewiesen werden kann.

von Gabriele Albrecht-Thum, Anton Salzbrunn, Erwin Denzler und Horst Kunitz

für die Landesfachgruppe Erwachsenenbildung

---

1 Dr. Malte Lübker und Prof. Dr. Thorsten Schulten: Tarifbindung in den Bundesländern. Analysen zur Tarifpolitik Nr. 96. Download: boeckler.de

2 »24 Verbände fordern CSU zum Handeln auf! Beschäftigte brauchen bezahlte Freistellung für Weiterbildung«. PM 56 des DGB Bayern vom 14. Oktober 2021 sowie »Am 8. Oktober 2023 ist Landtagswahl in Bayern. Bayern gestalten Wir! Gesamtprogramm des DGB Bayern zur Landtagswahl 2023«; vgl. bayern.dgb.de

3 Die GEW-Forderungen für die nächsten Jahre sind hier nachzulesen: Ralf Becker: Honorarforderungen der GEW für Honorarlehrkräfte in der Weiterbildung für 2024 und 2023. Download: gew.de

Endlich gerechte Löhne und bessere Arbeitsbedingungen!

Die Tarifpolitik zählt wie die Bildungspolitik zum Kerngeschäft der GEW Bayern, die auch dazu Forderungen zur Landtagswahl aufstellt. Doch Löhne allein machen eine Arbeit nicht gut. Die Arbeitsbedingungen müssen auch stimmen.

GEW-Mitglieder sollten Kandidat*innen zur bayerischen Landtagswahl im Oktober deshalb auch daran messen, was sie zur Tarifbindung, zu Lohnsteigerungen und guten Arbeitsbedingungen sagen und – sollten sie schon länger im politischen Geschäft sein – in der Vergangenheit dazu gesagt haben. Doch auch die Wahlprogramme der Parteien zeigen, welchen Stellenwert diese der Tarifpolitik einräumen.

Tarifbindung für alle Beschäftigten

Leider gibt es in vielen bayerischen Bildungseinrichtungen immer noch zahlreiche Beschäftigte ohne Tarifbindung. Sie arbeiten z. B. in der Kindertagesstätte oder als Schulbegleiter*innen. Die GEW Bayern fordert deshalb für alle Beschäftigten eine Tarifbindung und klare Regelungen bei der Tarifierung. Die unterschiedlichen Löhne gehen in der Regel auch mit sehr unterschiedlichen Arbeitsbedingungen, z. B. bezüglich Arbeitszeiten, Entgeltgestaltung, Zulagen, einher. Wir fordern analog zum »DGB-Index Gute Arbeit« Tarifbindung, gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

In nicht tarifgebundenen Betrieben in Bayern werden gleiche Tätig-

keiten oft unterschiedlich vergütet. Deshalb ist eine Grundforderung des DGB und aller Einzelgewerkschaften, und damit auch der GEW Bayern, seit Jahrzehnten: Für gleiche Tätigkeiten muss das gleiche Entgelt gezahlt werden.

Gleiche Bestimmungen auch für kirchliche Betriebe

Das allgemeine Arbeitsrecht mit all seinen Bestimmungen muss endlich auch in kirchlichen Betrieben gelten. Ausnahmeregelungen und ein »Betriebsverfassungsgesetz light«, das bei kirchlichen Trägern den Kolleg*innen die üblichen Mitbestimmungsrechte vorenthält, müssen der Vergangenheit angehören. Nur mit echter Mitbestimmung kann ein gutes Arbeitsklima geschaffen werden und Ungerechtigkeiten am Arbeitsplatz sinnvoll etwas entgegengesetzt werden, wie z. B. bei Entgrenzungen der Arbeitszeit in Betrieben mit Wechselschichten. Dass das allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) in allen Bildungseinrichtungen – also auch in kirchlichen – angewendet werden muss, ist für die GEW ebenso selbstverständlich.

Tariftreuegesetz auch in Bayern

Die GEW Bayern schließt sich der DGB-Forderung nach einem verbindlichen Gesetz zur Tariftreue an. Bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen muss in Bayern oft auch in der Bildung die preisgünstigste Lösung vereinbart werden. Dies fördert Lohndumping, schlechte Arbeitsbedingungen und soziale Ungerechtigkeiten unter den Arbeitnehmer*innen. Damit muss endlich Schluss sein. In einigen Bundesländern gibt es bereits ein Gesetz zur Achtung der Tariftreue. Bayern muss hier endlich nachziehen.

Recht auf bezahlten Bildungsurlaub

Bayern wehrt sich als eines von zwei Bundesländern seit Jahrzehnten gegen die Einführung eines gesetzlichen Bildungsurlaubes und verhindert so die Chance auf lebenslanges Lernen. Wir fordern die Regierungsparteien auf, hier endlich zu reagieren und nicht weiter zu blockieren. Die GEW fordert Bildungsurlaub für alle Beschäftigten – auch in Bayern! Nur so können allgemeinbildende, gewerkschaftliche, politische und andere Fortbildungen adäquat genutzt werden. Dies würde im Übrigen auch zur Stärkung der Demokratie beitragen.

von Gerd Schnellinger
stellvertretender Vorsitzender der GEW Bayern

Endlich Geschlechtergerechtigkeit herstellen und durchsetzen!

Die anstehende Landtagswahl und vor allem die Wahlkampfreden, die die Kandidat*innen im Vorfeld schwingen werden, bieten allen Anlass, den Stand der Gleichstellung in Bayern zu prüfen.

Obwohl die Gleichstellung der Geschlechter auch im Freistaat Verfassungsauftrag ist, hinkt Bayern in der Umsetzung weit hinterher. Dies wird an vielen Stellen deutlich:

- Gender-Pay-Gap: Die Lohnlücke zwischen Frauen*[1] und Männern* lag in Bayern 2022 bei 21 Prozent. Der bundesweite Durchschnitt liegt bei 18 Prozent.
- Altersarmut von Frauen*: Die Entgeltlücke wirkt bis ins Alter. In keinem anderen Bundesland ist die Gefahr der Frauen*altersarmut so hoch wie in Bayern: 26 Prozent der über 65-jährigen Frauen* sind hier armutsgefährdet.
- Umverteilung der Care-Arbeit: Sie gelingt nur mit flächendeckenden und bedarfsgerechten Betreuungsangeboten. Es ist unverständlich, dass Bayern von den Bundesfördermitteln für den Ganztagsausbau bisher nur ca. ein Fünftel abgerufen hat und auch hier einen hinteren Platz in der Rangliste belegt.

- Frauen*anteil im Landtag: Er liegt seit 2018 bei 27 Prozent (Tiefststand), in manchen Kommunalparlamenten sogar noch darunter. Bayern belegt damit im Bundesvergleich den letzten Platz. Alle Vorschläge hin zu mehr Parität wurden bisher als »Unsinn« abgeschmettert.
- Gendersensible Sprache: Das Gendern als Mittel der Sichtbarmachung bislang diskriminierter Gesellschaftsgruppen verunglimpfen die Regierungsparteien in ihren Wahlkampfreden und machen es lächerlich.
- Gleichstellungsgesetz (GIG)[2]: Selbst nach 27 Jahren wurde die Novellierung des verstaubten, 27 Jahre alten Bayerischen Gleichstellungsgesetzes (BayGlG) erneut auf die nächste Legislaturperiode verschoben. Für Bayern bedeutet dies einen weiteren letzten Platz im Bundesvergleich.

GEW Bayern fordert Geschlechtergerechtigkeit

Frauen* brauchen eine gute und gut bezahlte Arbeit, die sie zu einem eigenständigen Leben ermächtigt. Um die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Frauen* nachhaltig zu verbessern, fordern wir:

- Mehr Wertschätzung und eine höhere Entlohnung in Bildung, Erziehung und Pflege
- Entgeltgleichheit: Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, Anwendung des Entgelttransparenzgesetzes, Stärkung der betrieblichen Interessenvertretungen (Personal- und Betriebsrat)
- Tarifverträge gendergerecht ausbauen und verbessern
- Reformen bei den Steuergesetzen statt Diskriminierung von Frauen* über das Steuerrecht
- Gerechte Verteilung der Care-Arbeit durch eine feministische Zeitpolitik, die sich an den vielschichtigen Lebenssituationen, -formen und -verläufen der Menschen orientiert

Bayerisches Gleichstellungsgesetz novellieren

Bayern beschloss 1996 als letztes Bundesland ein GIG. Während andere Länder ihre Gesetze teilweise bereits mehrfach novellierten, liefen diesbezügliche Vorstöße im Freistaat bisher ins Leere, obwohl das BayGlG nach 27 Jahren längst überholt ist und oft mit einem »zahnlosen Tiger« verglichen wird.

Unter Federführung des DGB Bayern bildete sich 2016 eine Arbeitsgruppe (AG) aus Vertreterinnen* des DGB, seinen Mitgliedsgewerkschaften, den Gleichstellungsbeauftragten des öffentlichen Dienstes und der Kommunen in Bayern, dem Münchener Arbeitskreis der Gleichstellungsbeauftragten, Vertreterinnen* der kommunalen Selbstverwaltung und dem Bayerischen Landesfrauenrat.

Diese Expertinnen*gruppe erarbeitete Vorschläge für eine Novellierung hin zu einem wirkungsvollen GIG. Die Schwerpunkte dabei sind: Stärkung der Rechtsstellung, Erleichterung von Freistellungen, Berufung von Gleichstellungsbeauftragten, Ausbau der personellen und sachlichen Ausstattung der Stellen, Förderung von Führungsaufgaben in Teilzeit, Implementierung von Gender-Mainstreaming, Einführung überprüfbarer Zielvorgaben in Gleichstellungskonzepten mit Sanktionsmöglichkeiten, Ablehnung der Aushöhlung des Gleichstellungsauftrages. Nach der Landtagswahl 2018 flossen diese Novellierungsvorschläge in das zuständige Ministerium ein, der Ministerpräsident, die Fraktionen und ihre gleichstellungspolitischen Sprecher*innen wurden informiert, die Novellierung zugesagt. Über Gespräche, Pressekonferenzen und Aktionen brachte die AG ihr frauen*politisches Anliegen immer wieder in das politische Geschehen.

Die Veröffentlichung des 6. Gleichstellungsberichtes 2021 unterstrich die Dringlichkeit der Überarbeitung des Gesetzes. Ein gravierendes Vollzugsdefizit wurde konstatiert: So gab es trotz gesetzlicher Verpflichtung in 21 Prozent der Dienststellen kein Gleichstellungskonzept und in 14,5 Prozent keine Gleichstellungsbeauftragte. Nur 79 Prozent der staatlichen Dienststellen, die an der Befragung teilnahmen, haben ein aktuell gültiges Gleichstellungskonzept; bei Bezirken, Landkreisen und kreisfreien Gemeinden sind es sogar nur 55,9 Prozent.

Es folgten weitere schriftliche Eingaben und eine Expertinnen*anhörung im Ausschuss öffentlicher Dienst und schließlich im Landtag den Antrag »Für ein fortschrittliches Gleichstellungsgesetz«. Die neue Staatsministerin Ulrike Scharf verkündete in ihrer Regierungserklärung Anfang Juli 2022 ihre Absicht, das BayGlG noch in dieser Legislaturperiode zu novellieren. Dies bekräftigte sie im September bei einer Sitzung der interministeriellen AG der Gleichstellungsbeauftragten der Ressorts, der Staatskanzlei und der Leitstelle für Gleichstellung.

Im Oktober 2022 dann der Rückzieher: Die Staatsregierung strebt die Novellierung des GIG in dieser Legislaturperiode nicht mehr an, hieß es lapidar. Die fadenscheinige Begründung: Eine umfassende Novellierung erfordere, dass zuerst ein entsprechendes Bewusstsein für das Thema hergestellt werden müsse, das von der Staatsregierung nicht verordnet werden könne. Es brauche eine Kommunikation mit und eine Partizipation von Kommunen. Die Einbeziehung der Kommunen sei angesichts deren Überlastung durch die Energie- und Flüchtlingskrise aber nicht mehr in der laufenden Legislaturperiode möglich. Auf diese 180-Grad-Wende reagierte der DGB Bayern sofort mit einer Pressemitteilung. Die AG Novellierung BayGlG sprach mit Vertreterinnen* der Landtagsfraktionen und der Ministerien sowie mit der Ministerin Scharf.

Nach einem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom Dezember liegt dem Landtag nun auch ein Gesetzentwurf mit den Inhalten der AG zur Novellierung des BayGlG von der SPD vor. Die AG lässt sich trotz der Widrigkeiten nicht entmutigen und kämpft weiter.

Gleichstellung in Bayern ist ein noch nicht erreichtes Verfassungsziel. Bei der anstehenden Landtagswahl treten wir von der GEW Bayern mit unserer Stimme solidarisch für Gleichstellung der Geschlechter, für Parität in den Parlamenten und für ein GIG ein, das seinen Namen verdient!

von Renate Oehler
Mitglied des Leitungsteams des Landesfrauenausschusses der GEW Bayern

1 Das Gender-Sternchen (*) hinter »Frauen*« und »Männern*« soll verdeutlichen, dass die geschlechtliche Zuordnung im Text als Ergebnis eines sozialen Prozesses und nicht als Ausdruck von Biologie zu verstehen ist. Zudem sollen auch all die Menschen angesprochen werden, die sich nicht klar einem der beiden sozial üblichen Geschlechter zuordnen.

2 Das GIG gilt für Verwaltungen des Landes, der Gemeinden, Landkreise und sonstigen Körperschaften, sowie für alle Betriebe und Organisationen, bei denen der Freistaat, seine Kommunen, Gemeinden oder Landkreise mehrheitlich beteiligt sind. Kommunale Gleichstellungsbeauftragte wirken für die gesamte Bevölkerung.

Bayern braucht ein echtes Mitwirkungsgesetz für Senior*innen

Das am 1. April in Kraft getretene bayerische Seniorenmitwirkungsgesetz ist kein echtes Mitwirkungsgesetz. So heißt es dort in Artikel 1 nur: »Jede Gemeinde wird angehalten, eine ehrenamtliche Seniorenvertretung einzurichten.« Dies ist nicht mehr als ein Appell. Mit welchen Rechten das Gremium ausgestattet wird, inwieweit logistische sowie finanzielle Unterstützung durch die Kommune gewährt wird, verrät das Gesetz nicht. Es bleibt dem Engagement der älteren Mitmenschen überlassen, diese einzufordern. Die Aufgabenbereiche des Landesseniorenrates sind relativ schwammig umrissen. Möglichkeiten, wie er auf landespolitischer Ebene Einfluss nehmen kann, fehlen gänzlich.

In vielen Kommunen, insbesondere in den Großstädten, wurden entsprechende Bedingungen – oftmals nach zähem Ringen – geschaffen, die in Form von Senior*innenräten oder -beiräten eine echte demokratische Mitwirkung der älteren Bevölkerung ermöglichen. Jedoch längst nicht überall. Wir wissen doch aus unserer gewerkschaftlichen Arbeit, dass gesetzliche Vorgaben zur Mitbestimmung und Mitwirkung die Basis bilden, um die Rechte der Arbeitnehmer*innen zu wahren. Wie eine Mitwirkung der älteren Menschen aussehen könnte, zeigt in Bayern der Seniorenbeirat der Stadt München. Dr. Reinhard Bauer, Vorsitzender des Gremiums, hatte Gelegenheit, die rechtlichen Möglichkeiten beim Jour fixe der Münchner GEW-Senior*innen am 16. Januar 2023 vorzustellen. In manchen ländlichen Gegenden ist es sicher nicht unüblich, dass die ältesten Gemeinderatsmitglieder zu Senior*innenbeauftragten ernannt werden. Ihnen bleibt es dann überlassen, mit welch ausgeprägtem Engagement sie sich für die Belange ihrer Altersgruppe einsetzen.

Anderswo klappt es besser

Von Mitbestimmung für Senior*innen ist in Deutschland nicht die Rede. Alle Gesetzesinitiativen zu einer »echten« Senior*innenmitbestimmung auf Landes- und Bundesebene sind bisher gescheitert. Da sind Dänemark und Österreich seit Langem Vorbild. Ein Bundesseniorenmitwirkungsgesetz ist 2004 gescheitert. In den Bundesländern Berlin (seit 2006), Hamburg (seit 2012), Mecklenburg-Vorpommern (seit 2010) und Thüringen (seit 2012) bestehen Senior*innenmitwirkungsgesetze. Die geringe Beteiligung an den Wahlen zu Senior*innenvertretungen in manchen Bezirken Berlins taugt nicht als Argument gegen ein Senior*innenmitwirkungsgesetz. Wer weiß, ob die Wahlbeteiligung nicht unter zu wenig engagierter Werbung und Information gelitten hat.

Gewerkschaften fordern ein Recht auf Mitbestimmung

Die GEW hat beim Gewerkschaftstag 2017 durch Beschluss die Bundes- und die Landesparlamente mit den kommunalen Spitzenverbänden aufgefordert, Mitbestimmungs- und Mitwirkungsgesetze für Seniorinnen und Senioren zu schaffen, die ihre aktive Beteiligung an politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Entscheidungen, die sie betreffen, ermöglichen.

In den dazu vom Bundesausschuss der Senior*innen erarbeiteten Eckpunkten heißt es u. a.: »Bundes- und Landesgesetzgeber schaffen bei sich selbst und auf allen nachgeordneten regionalen und kommunalen Ebenen Regelungen zur Einrichtung von ehrenamtlichen Senior*innenräten und schreiben diese in Senior*innenbeteiligungsgesetzen und den jeweiligen Gemeindeordnungen verbindlich fest.«

Auch der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern im Leitantrag B027 »Die Lebenssituation älterer Menschen verbessern« (22. Ordentlicher Bundeskongress 2022) die Einrichtung legitimierter Senior*innenvertretungen in allen Kommunen durch Verankerung auf landesgesetzlicher Basis und Absicherung der Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte in kommunalen politischen Gremien. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) mit ihren ca. 125 Mitgliedsverbänden (u. a. DGB, GEW) äußert sich ähnlich.

Mit dem bayerischen Seniorenmitwirkungsgesetz ist zwar der Koalitionsvereinbarung der beiden Regierungsparteien formal Genüge getan, aber es bleibt weit hinter den Interessen der Senior*innen zurück.

von Manfred Doetsch
für die GEW Bayern im Bundesausschuss der Seniorinnen und Senioren (BSA)

Landtagswahl am 8. Oktober 2023

Folgende GEW-Kolleg*innen möchten auf ihre Kandidatur zum Landtag hinweisen:

Mittelfranken
Harald Dösel (SPD)
Lukas Eitel (DIE LINKE)
Nadja Gschwendtner (DIE LINKE)
Manfred Reinhart (ÖDP)
Andreas Selz (DIE LINKE)
Hanna Wanke (DIE LINKE)
Michael Ziegler (SPD)

Niederbayern
In diesem Bezirk kandidieren keine GEW-Mitglieder.

Oberbayern
Bernhard Baudler (DIE LINKE)
Eva Blomberg (SPD)
Malik Diao (DIE LINKE)
Marina Dietweger (DIE LINKE)
Holger Geißel (ÖDP)
Alina Graf (SPD)
Dr. Guido Hoyer (DIE LINKE)
Jakob Koch (Bündnis 90/Die Grünen)
Lisa Klara Menzl (DIE LINKE)
Doris Rauscher (SPD)
Petra Reindl (Freie Wähler)
Adelheid Rupp (DIE LINKE)
Gabriele Triebel (Bündnis 90/Die Grünen)

Oberfranken
Sebastian Engelhardt (DIE LINKE)
Jan Jaegers (DIE LINKE)
Tim-Luca Rosenheimer (Bündnis 90/Die Grünen)
Richard Schmidt (SPD)

Oberpfalz
Nicole Bäumler (SPD)
Theresa Eberlein (Bündnis 90/Die Grünen)
Marian Janka (DIE LINKE)

Schwaben
Markus Kubatschka (SPD)
Andreas Meyer (ÖDP)

Unterfranken
Monika Hartl (Bündnis 90/Die Grünen)
Christina Kunkel (DIE LINKE)

In der September-Ausgabe der DDS nennen wir die Kolleg*innen, die darauf hinweisen möchten, dass sie zu den Bezirkstagen kandidieren.

GEW und Medien – Pressemitteilungen der GEW Bayern seit Mai 2023

- GEW: Angehende Heilpädagogische Förderlehrkräfte zu Recht empört – PM 22 v. 3.5.2023
- GEW Bayern unterstützt Forderungen von Klimaaktivist*innen an Hochschulen und Schulen bei Besetzungen in Regensburg, München und europaweit – PM 23 v. 5.5.2023
- Es gibt Wege aus dem Lehrkräftemangel! Gemeinsame Veranstaltung von GEW Bayern und Rosa-Luxemburg-Stiftung mit Martina Borgendale und Mark Rackles – PM 24 v. 15.5.2023
- GEW Bayern zu A 13 für Grund- und Mittelschullehrkräfte: Viele Fragen offen! – PM 25 v. 17.5.2023
- GEW Bayern Mitglied im Bündnis Gemeinschaftsschule Bayern – PM 26 v. 17.5.2023
- GEW Bayern ist Erstunterzeichnerin des Bildungsappells »Bildungswende jetzt!« – PM 27 v. 1.6.2023

Alle Pressemitteilungen der GEW Bayern sind hier zu finden: gew-bayern.de

Zeugnisverweigerungsrecht – wir suchen deinen Fall!

Das Bündnis für ein Zeugnisverweigerungsrecht (ZVR) in der Sozialen Arbeit sucht dringend Beispielsfälle![1]

Nach der erfolgreichen Podiumsdiskussion »Zur Notwendigkeit eines Zeugnisverweigerungsrechts in der Sozialen Arbeit – 50 Jahre sind genug!« im Oktober 2022 in Berlin ist die Diskussion um ein Zeugnisverweigerungsrecht im politischen Berlin angekommen. Davon zeugt auch ein Antrag der sächsischen Regierungsfraktionen[2], der die Landesregierung beauftragen möchte, sich auf Bundesebene für ein ZVR für staatlich anerkannte Sozialarbeiter*innen einzusetzen.

Das Bündnis arbeitet derzeit an folgenden zwei konkreten Aufgaben:

1. Wir erarbeiten derzeit einen konkreten Vorschlag für die Reform des § 53 StPO.
2. Wir sammeln weitere konkrete Praxisbeispiele, um den Vorschlag zu untermauern.

Wir benötigen deshalb Fälle, die deutlich machen, warum es auch in der Sozialen Arbeit dringend ein ZVR braucht. Die zentralen Fragen sind dabei:

- Welche Aussage hat die Beziehung belastet?
- Welche Auswirkungen hätte eine drohende Aussagepflicht auf den konkreten Fall?
- Welche Befürchtungen bestehen für das eigene Leben, wenn ausgesagt werden muss?
- Falls dies möglich war – wie konnte die Zeugenaussage abgewendet werden?

Zu diesen und anderen Aspekten bittet das Bündnis für ein Zeugnisverweigerungsrecht um deinen Fall.

Was ist bei einem anonymen Beispiel wichtig?

- Überprüfe deinen Text unbedingt auf Hinweise zu Ort, Zeit und Personen. Die Fälle müssen anonym bleiben!
- Schick dann dein Beispiel per Post an: GEW Bayern – Sozialpädagogisches Büro, z. H. Mario Schwandt – persönlich, Am Kornmarkt 5-7, 90491 Nürnberg. Ich bin Gewerkschaftssekretär und behandle alle Informationen absolut vertraulich. Zudem verfüge ich über ein Zeugnisverweigerungsrecht ;-). Eure Fälle leite ich anonymisiert an das Bündnis weiter.

von Mario Schwandt

1 Fachveranstaltung: 50 Jahre sind genug! Vgl. gew-bayern.de/zeugnisverweigerungsrecht
2 Sächsischer Landtag – Drucksache 7/12693. Download: ws.landtag.sachsen.de/images/7_Drs_12693_0_1_1_.pdf

Wir brauchen eine radikale Arbeitszeitverkürzung

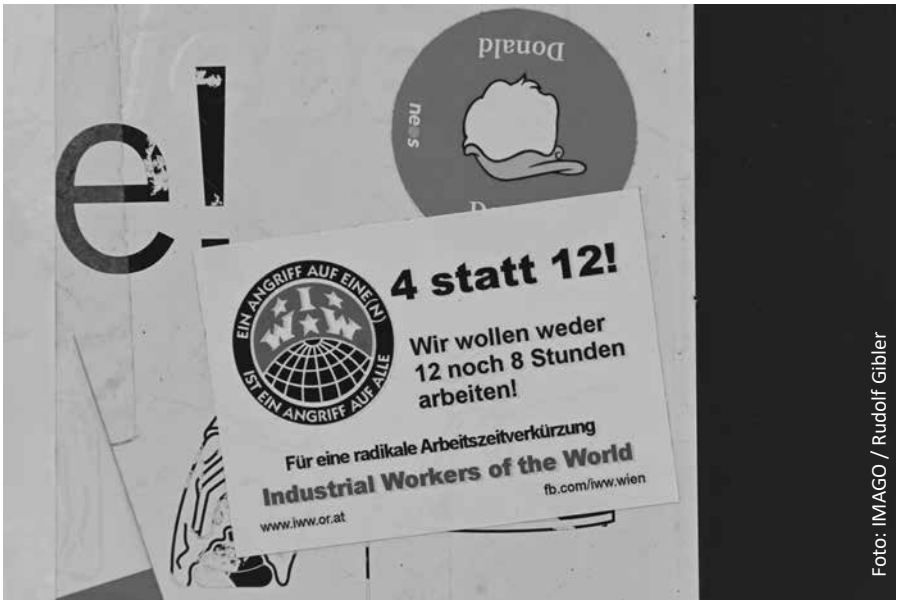


Foto: IMAGO / Rudolf Gibler

Ende Oktober 2022 lud die Akademie für politische Bildung Tutzing mit dem Institut für sozialwissenschaftliche Forschung (ISF) München und der Universität Augsburg zur Tagung »Arbeitszeitverkürzung als Grundlage eines neuen sozialen Modells« ein. Professor Dr. Fritz Böhle (Foto) war in der Tagungsleitung. Böhles Schwerpunkt ist die Erforschung des Erfahrungswissens, aber auch anderer gesellschaftspolitischer Themen wie der Arbeitszeitverkürzung. Gerhard Endres sprach mit ihm über letztgenanntes Thema.

Endres: Herr Böhle, die Menschen arbeiten sehr unterschiedlich. Ihre Arbeitszeit nimmt zu und wird intensiver. Wie lautet Ihre Diagnose?

Böhle: Zeit ist ein wichtiges Medium der gesellschaftlichen Koordination unterschiedlicher Aktivitäten. So war es sehr positiv, dass Beginn und Lage der Arbeitszeit einigermaßen klar fixiert war, so konnte man vieles synchronisieren: Wann haben Geschäfte offen? Da klassischerweise am Wochenende nicht gearbeitet wurde, waren zumindest Samstagnachmittag und sonntags auch alle Geschäfte geschlossen. Auch die Schulzeiten waren auf der Grundlage relativ stabiler Arbeitszeiten synchronisiert. Daneben gab es immer schon auch unterschiedliche Formen der Lage der Arbeitszeit, man denke nur an die Nachtarbeit: Wer nachts arbeitete, war jemand, der neben oder außerhalb der gesellschaftlichen Normalitätsstandards arbeitet. Seit den 1990er-Jahren haben wir eine Entwicklung, die unter dem Stichwort »Flexibilisierung der Arbeit« steht. Das heißt, die Lage der Arbeitszeit soll flexibel sein. Sie wird nach Bedarf im Unternehmen festgelegt und gleichzeitig gibt es den Wunsch der Arbeitenden, auch mal flexibel den Anfang und das Ende der Arbeitszeit gestalten zu können. So hieß es damals schon in den 1990er-Jahren in Untersuchungen: Jeder hat ein freies Wochenende, nur jeder an einem anderen Tag.

Wie hat sich die Arbeitszeit seitdem verändert?

Neben der Flexibilisierung der Arbeitszeit hat sich auch ein neues Arbeitszeitregime in Form von Teilzeit durchgesetzt, vor allem durch die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt.

Für Frauen ist dies aber nicht positiv.

Stimmt. Schaut man aber genauer hin, erkennt man, dass die Mehrheit der Frauen fast nur in Teilzeit in den Arbeitsmarkt integriert ist. Der Grund: Frauen haben keine Zeit, länger zu arbeiten. Wir haben also ein sehr stabiles Arbeitszeitregime und stellen gleichzeitig fest, dass Teile der Bevölkerung, besonders die Frauen, nur in Teilzeit arbeiten.

Was hat das für Gründe?

Wir stellen fest, dass man zu wenig beachtet hat, dass Menschen ja nicht nur im Sinne von Erwerbsarbeit arbeiten, sondern dass es zu Hause auch noch den Haushalt gibt. Betriebe haben nun aber ein Interesse daran, Arbeitskräfte bedarfsorientiert einzusetzen, und nach diesem Bedarf regulieren sie auch die Arbeitszeit. Beschäftigte haben ihrerseits allerdings auch oft ein Interesse daran, die Arbeit flexibel zu gestalten, gerade wenn man in einer Familie lebt, man auf Ämter gehen muss usw. Deswegen existiert hier ein neues Konflikt- oder Verhandlungsfeld, d. h. es gilt, die betrieblichen Interessen und die Interessen der einzelnen Arbeitenden miteinander zu verbinden.

Aber wenn jeder flexibel ist, dann ist die Koordination der Arbeits- und Lebensbereiche ja fast unmöglich und auch der gesellschaftliche Austausch gar nicht mehr so einfach?

Richtig, deshalb hegten aufgrund dieser Entwicklungen viele rasch den Wunsch, dass z. B. Geschäfte möglichst lange geöffnet sein sollten, um vor oder nach der Arbeitszeit dort noch einkaufen zu können. Es ist also eine neue Herausforderung an die Gesellschaft, wie sie mit dieser Flexibilisierung der Arbeitszeit zurechtkommt. So gibt es Konflikte, wenn in großen Unternehmen die Arbeitszeit flexibilisiert wird, aber in Schule oder Kindergärten die Arbeitszeit gleich bleibt. Dies funktioniert momentan nur noch, weil es noch genügend Bereiche gibt, wo man sich darauf verlassen kann, dass die Anwesenheitszeiten sehr stabil sind. Würden diese Bereiche auch flexibilisiert, dann entstünde ein riesiger zusätzlicher Koordinationsbedarf.

Was ist Ihre Vision der künftigen Arbeitszeit?

Zeit außerhalb der Erwerbsarbeit ist nicht nur Freizeit, sondern wiederum auch ein Ort, an dem gearbeitet wird. Wir nennen das Sorgearbeit. Das hat man lange Zeit als eine Arbeit von Frauen angesehen, die weder ökonomisch noch sozial hoch eingeschätzt wurde. Mehr oder weniger war es eine »unsichtbare« Arbeit. Dann kam die Forderung, Frauen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Doch man sah nicht, dass damit eine Lücke auftritt. Ohne Konflikte kann dies nur gelingen, wenn man gleichzeitig die normale Arbeitszeit radikal verkürzt, auf 30 Stunden oder auf eine Viertagewoche. Nur dann gibt es reale Chancen, sich die private Haushaltsarbeit neu aufzuteilen.

Es wird nun sicher gefragt, wie das zu finanzieren ist.

Der Achtstundentag war der Einstieg in eine sehr viel effizientere Produktion. Insofern muss man da genau hinschauen. Wie verändert sich eigentlich Arbeit? Wir stellen in vielen Bereichen eine ganz gewaltige Intensivierung der Arbeit fest, neu ist die »qualitative Intensivierung«. Arbeit wird immer anspruchsvoller, der Stress immer größer. Gleichzeitig steigt die Produktivität durch neue Technologien und Digitalisierung. Haben wir eine verkürzte Arbeitszeit, entsteht mehr Zeit für andere Arbeit, wie Kinderversorgung, Betreuung von Älteren und nachhaltige Ernährung. Das sind positive volkswirtschaftliche Effekte, durch Arbeitszeitverkürzung erzielen wir also auch ökonomisch eine sinnvolle Weiterentwicklung.

Wann kann diese Arbeitszeitverkürzung eingeführt werden? Müssten sich Gesellschaft und Staat hier stärker engagieren?

Aktuell wird der sozial-ökologische Umbau forciert. Aus dem Blick ist geraten, dass wir einen gesellschaftlichen Umbau der Lebensgestaltung und Lebensführung brauchen. Wir haben noch traditionelle Vorstellungen: Der Arbeitende, das ist das männliche Modell, geht nach Hause und dort ist die Haus- und Sorgearbeit bereits in weiten Teilen erledigt. Meist ist es die Frau, die das macht. Tut sie es nicht, gibt es Dienstleister, die das übernehmen. Wir haben es noch nicht im gesellschaftlichen Blick, dass der Mensch nach der Arbeit noch viel für die Gesellschaft tun muss.

Menschen sind ja aber auch politische Bürgerinnen und Bürger.

Politisches Engagement ist wichtig. Das aktuelle Modell sieht aber so aus: Der Mensch arbeitet und außerhalb der Arbeit ist primär Freizeit, als wäre sonst nichts zu tun. Wir brauchen also eine völlig neue Umgestaltung des gesamten gesellschaftlichen Lebens. Erwerbsarbeit muss einen neuen Stellenwert bekommen. Trotz Digitalisierung und Arbeitsplatzverlusten ist es wichtig, dass Menschen immer an Erwerbsarbeit teilhaben können. Gleichzeitig muss sich der Raum, den Erwerbsarbeit einnimmt, radikal verkleinern, damit Zeit für andere Dinge bleibt.

Vielen Dank für das Gespräch.

Leser*innenbriefe ... Leser*innenbriefe ... Leser*innenbriefe ...

Leser*innenbrief zu »Die Landesvertreter*innenversammlung (LVV) der GEW Bayern wählte am 21. April in Regensburg einen neuen Vorstand«, DDS Juni 2023, S. 23

Es braucht schon einen langen Atem und vor allem eine hohe Frustrationstoleranz in der GEW Bayern, wenn frau im Bereich Frauen- und Gleichstellungspolitik arbeitet und versucht, Themen zu platzieren und sie in die Organisation hineinzutragen, um diese etwas weiblicher und jünger zu machen.

Die Wahlen zum Landesvorstand sind aus frauen- und gleichstellungspolitischer Sicht gesehen ein Desaster. Da gibt es eine Kandidatin für den Arbeitsbereich, die nicht gewählt wird bzw. der die auf sie fallenden Stimmen nicht reichen, um in den Landesvorstand zu kommen.

Zum einen wird dadurch eine Unklarheit in der Satzung deutlich und vor allem ein Wahlverfahren, das nicht sicherstellt, dass alle satzungsgemäßen Arbeitsbereiche vertreten sind. Zum anderen wird offenbar noch immer nicht verstanden, wie wichtig dieser Politikbereich für die GEW ist. Und so führt mangelndes Problembewusstsein und Gleichgültigkeit den Themen gegenüber zu einem solchen Ergebnis.

Das ist beschämend für die GEW Bayern mit einem Frauenanteil von ca. 69 Prozent. Beschämend für eine Gewerkschaft, die sich laut Satzung den Ausbau der Geschlechterdemokratie als Aufgabe gesetzt hat und den Frauenanteil im Landesvorstand erhöhen will.

Der Frauenanteil im neuen Landesvorstand entspricht nun in keiner Weise dem Anteil an der Mitgliedschaft: Zwei Frauen im fünfköpfigen geschäftsführenden Ausschuss, bei den neun weiteren Vorstandsmitgliedern sind es nur drei Frauen (obwohl fünf kandidierten).

Der französische Sozialphilosoph Charles Fourier (1772-1837) stellte seinerzeit fest: »Der gesellschaftliche Fortschritt ist an der Position der Frau in der Gesellschaft abzulesen.« Ich wandle es etwas ab: »Der frauenpolitische Fortschritt der GEW Bayern ist an ihrem Frauenanteil an der Besetzung des Landesvorstandes abzulesen.«

von Renate Oehler
Leitunsteam Landesfrauenausschuss

Bibliotheken müssen offen bleiben!

Am Mittwoch, den 26. April 2023 demonstrierten wir, die GEW-Studis Erlangen, zusammen mit über 100 weiteren Studis gegen die Reduzierung der Öffnungszeiten oder sogar völlige Schließung unserer Teilbibliotheken. Direkt vor dem Gebäude der Unileitung setzten wir zusammen ein starkes Zeichen gegen deren Kürzungspolitik. Aus fast allen von den Kürzungen betroffenen Studiengängen waren Studierende vor Ort, die Schilder mit den Namen ihrer gekürzten Teilbibliotheken hochhielten.

In unserer Rede stellten wir dar, dass neben den drei Bibliotheksschließungen bei über 20 weiteren die Öffnungszeiten reduziert wurden, häufig um mehrere Stunden täglich. Dadurch gehen wichtige Arbeits- und Lernräume sowie Treffpunkte verloren, die besonders in den Klausurphasen sowieso schon knapp bemessen sind.

In zwei weiteren Reden gingen studentische Hilfskräfte auf die Arbeitsbedingungen der studentischen Beschäftigten ein. Diese erhalten nur den Mindestlohn, nach dem Bachelorabschluss gerade mal einen Euro mehr. Dabei sind die Verträge meistens auf ein Semester befristet, gearbeitet wird auf Minijob-Basis. So spart sich der Arbeitgeber die Beiträge zur Renten- und Krankenkasse. Da viele Beschäftigte in den Bibliotheken nicht im Bereich Forschung und Lehre tätig sind, sehen wir darin außerdem einen Fall von Tarifflucht durch die Universität. Eigentlich müssten die Hilfskräfte dort nach dem Tarifvertrag der Länder (TV-L) bezahlt werden. Wir nahmen dies zum Anlass, generell die Eingruppierung aller studentischen Beschäftigten in den TV-L im Rahmen der kommenden Tarifrunde zu fordern.

Der Freistaat ist eigentlich in der Pflicht, die Unis ordentlich zu finanzieren, damit Grundlagen wie die Öffnungszeiten der Bibliotheken garantiert sind. Solange dies nicht geschieht, muss die Universitätsleitung die notwendigen Gelder bereitstellen und beim Freistaat für eine ausreichende Finanzierung kämpfen. Dass so viele Studis zur Kundgebung kamen, zeigt, wie wichtig ihnen die Teilbibliotheken und guten Studienbedingungen an der Universität sind. Wir freuen uns sehr darüber und hoffen nun, dass die Universitätsleitung ihrer Verantwortung nachkommt: Wir wollen die ursprünglichen Öffnungszeiten unserer Bibliotheken zurück und die Förderung von studentischem Leben und Begegnung an der Friedrich-Alexander-Universität (FAU)! Wir wollen keine weiteren Kürzungen auf unsere Kosten!

von Laura Riegel

2. Mai in Bamberg: »›Nie wieder Faschismus‹ muss uns bleibende Verpflichtung sein.«

Am 2. Mai 2023 jährte sich zum 90. Mal das Erstürmen der Gewerkschaftshäuser durch die Nationalsozialist*innen. Auch in Bamberg gedachten wir dieses für unsere Bewegung einschneidenden Ereignisses: Im ehemaligen »Bamberger Volkshaus«, wo unter anderem der ADGB (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund (1919-1933)) sein Zuhause hatte, befindet sich heute eine Pizzeria. Deshalb fand auch die Gedenkkundgebung im Hinterhof der Gastronomie statt, was teilweise für Irritation sorgte: »Also Öffentlichkeitswirksamkeit hat die Kundgebung so leider keine«, merkte ein junger Gewerkschafter an.

Trotzdem lauschte das circa 70-köpfige Publikum zuerst der Begrüßung von Oberfrankens DGB-Chef Mathias Eckardt (Foto). Die Gewerkschaften stellten laut ihm durch das gute Abschneiden bei Betriebsratswahlen 1933 eine Gefahr für den Rückhalt der NSDAP bei den Arbeiter*innen dar. Vera Mamerow, für die Bündnis 90/Die Grünen im Bamberger Stadtrat, hielt noch das Grußwort für die Stadt Bamberg, bevor Dirk Schneider für ver.di kritischere Töne anschlug: »Der 2. Mai führt uns vor Augen, dass wir damals die Zeichen nicht richtig erkannt haben – ein fataler Fehler.« Er erläuterte, warum es falsch gewesen sei, als Gewerkschaften auf die Zusammenarbeit mit dem NS-Staat zu bauen.[1] Daraus müssten auch Rückschlüsse für den Umgang mit heutigen rechten Bewegungen gezogen werden: »Die AfD will Gewerkschaften abschaffen – wir müssen ihrer Normalisierung entgegentreten! Solidarität verpflichtet uns immer wieder neu zu entschlossenem Handeln gegen rechts.«

Für die Gewerkschaftsjugend sprach danach zuerst ein Kollege von der IG Metall, dem der heutige Autoritarismus große Sorge bereitet: »Zum Beispiel, wenn von Rechten unterwanderte Bullengruppen keine Repression befürchten müssen, während Antifaschist*innen wie wir zusammengeschlagen oder sinnlos kontrolliert werden.« Er bezog sich hier auf Ereignisse am 1. Mai. Doch auch die lokale Poli-

Foto: Yannick Finzel

tik kritisierte der junge Kollege: So würde in Bamberg Graf Stauffenberg, der ein Attentat auf Hitler plante, in einer Reihe mit anderen Widerstandskämpfer*innen gedacht. »Er war kein Widerstandskämpfer, sondern ein Mörder und Kriegsverbrecher, der lediglich nicht mit dem Führungsstil Hitlers einverstanden war, sehr wohl aber mit dessen Absichten«, erklärte er dem überraschten Publikum.

Mit dem Wunsch nach einem guten Leben für alle machte er die Bühne für die Rednerin der gewerkschaftlichen Hochschulgruppe frei. Sie rollte das historische Geschehen ebenfalls über die politischen Fehleinschätzungen der Gewerkschaftsbewegung auf, spannte dann aber den Bogen auch zu aktuellen Bedrohungsszenarien: »Erst vor wenigen Tagen sprach der Bamberger CSU-Politiker Stefan Düring vom Todesbefehl gegen die Grünen.« Da der Konservative schon länger mit menschenverachtenden Äußerungen auffällt, fand sie klare Worte: »Wer Holocaustvergleiche macht und Demokrat*innen verunglimpft und auch vor deren Vernichtung nicht Halt macht, der ist nicht die bürgerliche Mitte und schon gar kein Demokrat.« Zum Schluss rief sie die Kolleg*innen dazu auf, sich aus Pflichtbewusstsein zum Antifaschismus zu bekennen. Damit endete das Bamberger Gedenken. Es hinterließ bleibende Eindrücke. Auch dank der Gastfreundschaft des Lokals wird ein Gedenken in dieser Form sicher öfter stattfinden.

von Hendrik Torner

1 Details zur Gewerkschaftsgeschichte: gewerkschaftsgeschichte.de

»München liest aus verbrannten Büchern«

Im Rahmen einer öffentlichen Gedenkveranstaltung erinnerte ein breites Bündnis am 10. Mai an die Bücherverbrennung. Über mehrere Stunden fanden auf dem Königsplatz etwa fünfminütige Lesungen statt. Engagierte Bürger*innen lasen aus Büchern, die vor 90 Jahren von den Nazis und ihren Helfern verbrannt wurden. Die GEW unterstützt das Bündnis und wurde von Elke Hahn vertreten, die dazu passend einen kurzen Text von Oskar Maria Graf vortrug.

von Gele Neubäcker

Foto: Klaus Weißenberg

Der LesePeter ist eine Auszeichnung der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der GEW für ein herausragendes aktuelles Buch der Kinder- und Jugendliteratur. Die ausführliche Rezension (mit pädagogischen Hinweisen) gibt es unter AJuM.de (Datenbank) oder unter LesePeter.de.

Im Juli 2023 erhält den LesePeter das Sachbuch

Gabby Dawnay
Kleine und große Wunder der Natur

Carlsen • Hamburg 2023 • 96 S. • 18,00 EUR • ab 5 Jahre

ISBN 978-3-551-25458-0

In diesen neun poetischen Vorlesegeschichten werden kleine und große Wunder der Natur spürbar. Das Buch zeigt, wie alles in der Natur miteinander verbunden ist. Die Geschichten sind eine gelungene Mischung aus bildhafter Tiererzählung und lehrreichem Sachwissen. Die wunderbaren Illustrationen passen hervorragend zum kunstvollen Gesamtkonzept, in dem die Bilder den Text widerspiegeln und anschaulich ergänzen

Im August 2023 erhält den LesePeter das Bilderbuch

Peifer, Noa Lovis; Blatt, Linu Lätitia/Kawamura, Yayo (Illustrationen)
Untenrum: Und wie sagst du?

Beltz & Gelberg • Weinheim 2023 • 38 S. • 16,00 EUR • ab 4 Jahre
ISBN: 978-3-96428-156-2

Was bedeutet »Untenrum« und wie kann man dazu noch sagen? Wie sieht das »Untenrum« aus, was gehört dazu und wofür ist es da? Diese Fragen beantworten Los Eltern auf Augenhöhe in einem einfühlsamen Dialog mit ihrem Kind – ein vielseitiges Bilderbuch, das mit Tabus bricht und erste Aufklärungsarbeit leistet.

Einladung zur nächsten GEW-Film-Preview in München

Sonntag, 23. Juli 2023
Kino: City 2, 170 Plätze
Sonnenstraße 12, München
Beginn: 11.00 Uhr

WOCHENENDREBELLEN

Mirco (Florian David Fitz) ist beruflich bedingt nur an den Wochenenden zu Hause, während seine Frau Fatime (Aylin Tezel) das fordernde Familienleben organisiert. Ihr zehnjähriger Sohn Jason (Cecilio Andresen) ist Autist und sein Alltag besteht aus täglichen Routinen und festen Regeln. Als der Familie Jasons Wechsel auf eine Förderschule nahegelegt wird, ist auch Mirco als Vater gefordert. Er schließt einen Pakt mit seinem Sohn: Jason verspricht, sich alle Mühe zu geben, sich in der Schule nicht mehr provozieren zu lassen, wenn Mirco ihm hilft, einen Lieblingsfußballverein zu finden. Allerdings will Jason sich erst für einen Verein entscheiden, wenn er alle 56 Mannschaften der ersten, zweiten und dritten Liga live in ihren jeweiligen Stadien gesehen hat. Wichtig dabei sind auch die Maskottchen, das Thema Nachhaltigkeit, die Rituale der Spieler bis hin zu den Farben der Fußballschuhe. Auf ihren außergewöhnlichen Reisen durch Deutschland lassen Vater und Sohn die heimische Routine hinter sich und finden alles, was sie nie gesucht, aber definitiv gebraucht haben.

Kinostart: 28. September 2023 • Filmverleih: Leonine

Weitere Infos und kostenloses Unterrichtsmaterial zum Film findet ihr auf unserer Homepage: gew-bayern.de/gewkino

Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ...

Diese Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an die DDS-Redaktion: Dorothea.Weniger@gew-bayern.de

Diese Liste der GEW-Kontakte füllt sich. Weil der Platz hier begrenzt ist, haben wir den Hinweis, dass Termine nach Vereinbarung stattfinden und deshalb abgefragt werden müssen, durch ein Sternchen (*) ersetzt.

Altötting Treffen nach Vereinbarung. *
Kontakt: Karin Ebensperger, karinebensperger@gmx.de

Ansbach Pädagogischer Stammtisch in regelmäßigen Abständen, Termine dazu und weitere Informationen: www.gew-ansbach.de
Kontakt: Günther Schmidt-Falck, ☎ 09802 953142, gew.kvansbach@gmail.com

Aschaffenburg/Miltenberg * Kontakt: Monika Hartl, ☎ 06021 4433609
Mobil: 01520 8886351, Monika.hartl@gew.bayern

Augsburg * Kontakt für Lehrkräfte: Katrin Fischer, vertretung@gew-augsburg.de, mobil: 0176 45506534
HSG-Treffen mittwochs, 18.00 Uhr, GEW-Büro, Schaezlerstraße 13 ½, Augsburg

Bad Tölz/Wolfratshausen
Stammtisch 2. Mittwoch im Monat (Geretsried od. Bad Tölz) 20.00 Uhr
Kontakt: Gisa Pfnuer-Reichelt, ☎ 08171 909344 oder 0152 07507711

Bamberg Treffen jeden dritten Donnerstag im Monat im »Café Luitpold«, 19.00 Uhr
Kontakt: ☎ 0177 850273, hendrik.torner@gew.bayern
aktuelle Infos auf Facebook oder Instagram unter gew_bamberg

Bayreuth/Kulmbach Treffen jeden 3. Donnerstag im Monat (außer Ferien), 19.00 Uhr, Gaststätte »Plektrum«, Bayreuth, Moritzhöfen 29
Kontakt: kv.bayreuth-kulmbach@gew.bayern

Coburg Nächstes Treffen wird per Mail angekündigt
Kontakt: Jürgen Behling, kv-cokclif@gew.bayern

Erding Stammtisch jeden dritten Donnerstag des Monats (außer Ferien) 19.30 Uhr beim Wirt in Riedersheim
Kontakt: Heidi Oberhofer-Franz, heidi.oberhofer-franz@gew.bayern

Erlangen jeden Montag Sprechstunden von 17.00-18.00 Uhr (nur telefonisch), Arbeitslosenberatung: jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat, 18.00 - 19.00 Uhr (nur telefonisch), Friedrichstr. 7,
Kontakt: ☎ 09131 2065462, info@gew-erlangen. de, www.gew-erlangen.de

Forchheim jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr
Vogelgässler, Vogelstr. 16
Kontakt: Andreas Hartmann, ☎ 09191 702432, andihartmann@web.de

Freising * Kontakt: Tina Buchberger, ☎ 0160 95908582

Fürstenfeldbruck/Dachau * Kontakt: Margot Simoneit
☎ 08141 539154, margot.simoneit@gew.bayern

Hof-Wunsiedel Treffen jeden 2. Donnerstag im Monat, abwechselnd in Hof bzw. Selb, Ort und Termin: www.gew-oberfranken.de
Kontakt: Karlheinz Edelmann, ☎ 09281 93921, edekarl@yahoo.de

Ingolstadt/Eichstätt/Neuburg/Donau
Kontakt: Andrea.Oberhofer@gew.bayern

Kempten/Oberallgäu
Kontakt: schwaben@gew.bayern

Landshut/Westliches Niederbayern * Offenes Treffen jeden 2. Donnerstag im Monat, 18.30-20.00 Uhr, Café International, Am Orbankai 4, Landshut
Kontakt: Markus Weinberger, landshut-westliches-niederbayern@gew.bayern

Lindau * Kontakt: Gerold Maier, ☎ 08381 5183• gew-gerold@web.de

Main-Spessart * Kontakt: Elfriede Jakob-Komianos, ☎ 09352 5768 oder Wolfgang Tröster, ☎ 09353 8181

Memmingen/Unterallgäu * Kontakt: Ute Haid, ☎ 0171 4244756, gew-unterallgaeu@gmx.de

Mittelfranken Sprechstunde am Dienstag 14.00-15.00 Uhr, Luisenstr. 2, 90762 Fürth
Kontakt: ☎ 0911 6589010, mittelfranken@gew.bayern

München Fachgruppe Berufliche Schulen *
Kontakt: Joe Lammers, ☎ 089 3088243

München Fachgruppe Grund- und Mittelschulen
Termine: gew-muenchen.de
Ansprechpartnerin: Christiane Wagner, christiane.wagner@gew-bayern.de

München Fachgruppe Gymnasien * Kontakt: Michael Hatala, ☎ 0176 39579577, michael.hatala@gew-muenchen.de

München Fachgruppe Hochschule und Forschung
Termin: Vgl. gew-muenchen.de/fachgruppen/hochschuleforschung/huf/
Kontakt: huf@gew-muenchen.de

München Fachgruppe Realschulen * Kontakt: Susanne Brauneck, susanne.brauneck@gew-muenchen.de

München Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe
Termine: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Wolfram Witte, ☎ 089 134654, WolframWitte@gmx.net

München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe
Treffen nachfragen * sozpaed@gew-muenchen.de
Programm: www.gew-muenchen.de

München Lehramtskampagne an der Universität und GEW-Studierende, Kontakt: la-m@gew-bayern.de

München AK Personalräte und Vertrauensleute
monatliche Treffen: Mittwoch 17.00 Uhr, *
Kontakt: Mathias Sachs, SachsMathias@aol.com

München AK Union Busting * Kontakt: ak-ub@gew-muenchen.de

München GEW-Seniorinnen und Senioren
Jour-fixe-Termine nachfragen *
Kontakt: Irene Breuninger, ☎ 089 7853746

Neumarkt/Oberpfalz
Treffen nachfragen* Kontakt: sigrid-schindler@web.de

Neu-Ulm/Günzburg
Treffen: monatlich,* Gasthaus Lepple, Vöhringen
Kontakt: Claudia Heißwolf, ☎ 08337 9680
hei.bei@t-online.de

Nürnberg Fachgruppe Berufliche Schulen *
Kontakt: Steffi Ungethüm, Steffi.Ungethuem@stadt.nuernberg.de

Nürnberg Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe
Monatliche Treffen.
Kontakt: Mario Schwandt, sozpaedberufe@gew-nuernberg.de

Nürnberg/Fürth FG Sonderpädagogische Berufe Mittelfranken
Treffen nachfragen*
Kontakt: K. Höbner: khoebner@posteo.de und
F. Kohl: florian.kohl@gew.bayern

Nürnberg/Fürth offener Stammtisch für alle Fachgruppen *
Kontakt: Petra Wachter, mittelfranken@gew.bayern

Nürnberg Büro für Lebenserfahrung
Aktivitäten und Infos: gew-nuernberg.de
Kontakt: Wolfgang Streidl, ☎ 0171 9275449, wastreidl@yahoo.de

Nürnberger Land * Kontakt: Gerd Schnellinger, ☎ 0179 4259064, gerd.schnellinger@gew.bayern

Passau/Östliches Niederbayern Treffen alle zwei Monate
Kontakt: Tobias Korter, kv-passau@gew.bayern

Pfaffenhofen jeden 2. Donnerstag im Monat
20.00 Uhr, Griechisches Restaurant Sokrates in Niederscheyern
Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 08441 71192, Lang-Reck@t-online.de

Regensburg jeden 2. Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, im »Stefanos«, Ostengasse 16 (»Brandlbräu«),
Bürozeit: jeden Donnerstag außerhalb der Ferien von 18.00-19.00 Uhr im Büro in der Obermünsterstr. 4
Kontakt: Peter Poth, ☎ 0941 566021

Roth/Schwabach/Hilpoltstein *
Kontakt: Joscha Falck, gew.rh-sc@gmx.de

Schweinfurt jeden 2. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr
Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 09721 186936

Sulzbach-Rosenberg jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr
Gaststätte Sperber
Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 09661 7755, manfred.schwinger@asamnet.de

Weiden jeden 2. Monat, 19.30 Uhr, an wechselnden Orten *
raul.vitzthum@gew.bayern, Kontakt: Raul Vitzthum, ☎ 0151 15551475

Weilheim-Schongau/Garmisch-Partenkirchen *
Kontakt: Elisabeth Schlichte, ☎ 08822 949343
wm-sog-gap@gew.bayern

Weißenburg (Mfr.) jeden 1. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr Casino
Kontakt: Harald Morawietz, post@gew-wug.de, gew-wug.de

Würzburg monatliche Treffen, *
19.00 Uhr, Gaststätte »Am Stift Haug«, Textorstr. 24, 97070 Würzburg
Kontakt: Jörg Nellen, ☎ 0931 29194129, presse@gew-unterfranken.de